



Fehlende östliche Aussengrenze: Militärparade für die Unabhängigkeit Transnistriens.

Schach an der Abbruchkante

Die Republik Moldau liegt an der Bruchstelle zweier Welten und Wirtschaftssysteme. Wie in der Ukraine ist die Bevölkerung gespalten in ein prorussisches und ein proeuropäisches Lager. Wird hier der nächste Konflikt zwischen Ost und West ausgefochten? *Von Inken Heeb*

Sie sind wie ein Sinnbild für die Lage der Republik Moldau: die Schachspieler vor der Kathedrale der Geburt des Herrn im Zentrum Chisinaus. Bedächtig wägen die beiden alten Männer ihre Optionen ab, bevor sie einen Zug machen. Passanten, Gruppen junger Leute bleiben stehen, schauen zu, während die zwei hier einen Springer, dort einen Bauern verrücken. Ausgang offen. So wie jeder Schachzug eine neue Konstellation mit sich bringt, so

ändert sich mit jeder politischen Entscheidung, mit jedem Schritt in Richtung Ost oder West das Schicksal der Republik Moldau – die oft fälschlicherweise als «Moldawien» oder «Moldova» bezeichnet wird.

Welcher Zug schliesslich der entscheidende, der richtige, der siegbringende sein wird, ist unklar. Anders als beim Schachspiel ist sogar unsicher, wie der Sieg überhaupt aussehen könnte. Liegt die Zukunft des Landes in Euro-

pa oder doch bei Russland? Oder wird das Land mit gut drei Millionen Einwohnern langfristig Bruch- und Schnittstelle zwischen zwei Welten sein? Chronisch instabil und tief gespalten in ein prorussisches und ein proeuropäisches Lager?

Bisher wird jeder Schritt des kleinen Landes in Richtung EU-Annäherung von Russland gehandelt. Zum Teil offen mit Handelsschranken gegen Wein und Agrarprodukte – wie

2006, 2009 und 2013 geschehen – und mit steigenden Gaspreisen. Zum Teil auch verdeckt. Gerade für westliche Beobachter kaum sichtbar. So berieselt das russische Fernsehen seit Beginn der Ukraine-Krise die Menschen mit propagandistischen Aussagen. Da heisst es, die Europäische Union wolle sich unbedingt die Republik Moldau einverleiben. Das schürt Angst, vor allem bei den rund sechs Prozent russischsprachiger Bevölkerung.

Darüber hinaus unterstützt Russland mit Geld Unabhängigkeitsbestrebungen der autonomen Region Gagausien. Das turksprachige Gebiet mit gerade mal 600 000 Einwohnern im Süden Moldaus ist eigentlich wirtschaftlich und politisch unbedeutend. Dennoch könnte es die gesamte Republik weiter destabilisieren. Schon durch den abtrünnigen Landesteil Transnistrien, der sich zur Ukraine hin am rechten Ufer des Flusses Nistru befindet, fehlt Moldau eine gesicherte östliche Aussengrenze.

Transnistrien, das von der internationalen Staatengemeinschaft nicht als Land anerkannt wird, erhält inzwischen ganz offen Unterstützung von Russland. Erst im Mai besuchte Russlands Vizepremier Dimitri Rogosin die transnistrische Hauptstadt Tiraspol, um an den Feierlichkeiten zum Ende des Zweiten Weltkriegs teilzunehmen. Etwa ein Drittel der Einwohner Transnistriens sind Russen.

Gespielt wird das Schachspiel – da sind sich die Menschen auf den Strassen Moldaus sicher – von den Oligarchen ihres Landes. Ausserhalb der Landesgrenze kennt diese zwar kaum einer, dafür glaubt in Moldau jeder zu wissen, wie verwoben persönliche Macht- und Wirtschaftsinteressen mit der Politik der Republik sind. Auch bei den vom Westen favorisierten demokratischen Parteien.

Sechzig Millionen Euro von der EU

Während gerade die jungen, gutausgebildeten Moldauer die Zukunft ihres Landes in einer engeren Anbindung an Europa sehen, geht es zu vielen Politikern nur darum, ihre eigenen Taschen zu füllen. Denn neben Demokratie und Marktzugang verspricht die EU Finanzhilfen. Gerade erst hat die Republik 60 Millionen Euro für Rechts- und Justizreformen erhalten. Wie westliche Diplomaten vor Ort berichten, wurden davon gerade mal zwei Millionen Euro für den eigentlichen Zweck verwendet. Der Rest ist in den allgemeinen Staatshaushalt geflossen. Verwendung unklar.

Neben Russland verbinden aber auch europäische Länder ganz persönliche Interessen mit der Republik Moldau. Nachbarländer wie Polen oder das Baltikum wünschen sich eine stärkere Anbindung Moldaus an die EU und sogar an die Nato. Dabei geht es wohl weniger um Moldau als darum, die EU-Aussengrenze möglichst weit nach Osten zu verlegen.

Im Land selbst hat indes der Besuch des stellvertretenden Nato-Generalsekretärs Alex-

ander Vershbow Mitte Mai kaum Beachtung gefunden. Ebenso wenig interessiert die Menschen auf den Strassen Chisinaus die aktuelle Teilnahme Moldaus mit 41 Soldaten an einer Kfor-Mission im Kosovo. Die Armee des Landes mit ihren rund 10 000 Soldaten gilt als schlecht ausgebildet und ineffizient. Militärisch kann Moldau damit ohnehin nichts ausrichten.

Die Mehrheit der Moldauer ist vielmehr damit beschäftigt zu überleben. Seit der Unabhängigkeit im Jahre 1991 gilt die Republik als ärmstes Land Europas. Rund ein Viertel der Bevölkerung hat seitdem die Heimat verlassen, um legal und illegal im Ausland Glück und Geld zu suchen. Überweisungen dieser Emigranten machen noch immer einen wichtigen Teil des Einkommens im Lande aus. Die restlichen 3,5 Millionen Einwohner sind zu grossen Teilen Rentner und Kinder; viele kommen als Selbstversorger auf dem Lande kaum über die Runden.

Überweisungen der Emigranten machen einen wichtigen Teil des Einkommens im Lande aus.

So bringt denn auch die Ende April 2014 im Zuge des EU-Assoziierungsabkommens erteilte Visafreiheit für Moldau kaum etwas. Wer rauswollte, ist schon lange fort. Mit Menschenschleppern, mit einem rumänischen Pass, der vom befreundeten Nachbarland seit Jahren kulant vergeben wird, oder ganz legal als hochqualifizierter Mitarbeiter vom Ausland angeworben. Ein Blick auf die Abflugtafel im Flughafen Chisinau zeigt deutlich, wo viele Moldauer heute leben und arbeiten. Die Frauen putzen Häuser und pflegen alte Menschen in Italien, während ihre Männer in Russlands Bergwerken und Minen arbeiten. In Moldau selbst verblieben zu wenige, um das Land wirklich voranbringen zu können.

Die Östliche Partnerschaft der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) sei in ihrer jetzigen Form gescheitert, heisst es denn auch in diplomatischen Kreisen hinter vorgehaltener Hand. Erstes Ziel müsse eine Stabilisierung junger Staaten wie der Republik Moldau oder der Ukraine sein, nicht die schnelle Anbindung an die Europäische Union. Oder wie es Kent Larson, Leiter der amerikanischen Organisation für Entwicklungszusammenarbeit, USAID, in Moldau formuliert: «Ziel muss sein, dass Moldau sich frei von äusserem Druck für seinen eigenen Weg entscheiden kann.»

Der einzige Vorteil der Schwäche Moldaus könnte sein, dass dies das Land vielleicht vor einer Übernahme durch Russland schützt. Denn Moldau könnte der russischen Regierung als Puffer zur EU mehr nützen, als wenn es wie zu Sowjetzeiten Teil Russlands wäre.

Für November dieses Jahres sind Parlamentswahlen in Moldau geplant. Dann steht

ein neuer Schachzug an. Sollte nicht zuvor durch die für den 27. Juni geplante Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens eine Reaktion Russlands das Spiel neu sortieren. Bei den Wahlen wird, so glauben viele, die demokratische Koalition abgestraft werden. Denn neben wohlklingenden Versprechungen hat sie nicht viel umgesetzt.

Politische Ränkespiele

Gut möglich, dass dann die Kommunistische Partei, die schon von 2001 bis 2009 das Land führte, an die Macht kommt – als Regierungspartei oder in einer Koalition. Auch wenn der Westen die Kommunisten meist argwöhnisch beäugt, muss das für die Stabilität des Landes nicht von Schaden sein. Mit Blick auf die Krise in der Ukraine könnte ein solches Wahlergebnis sogar deeskalierend wirken und den russischen Nachbarn besänftigen.

Eine klare Perspektive ist das aber noch nicht. Dafür müssen die Menschen künftig nicht nur beim Schachspiel zuschauen, sondern mitspielen. «Die Menschen müssen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen», sagt Matthias Meyer, deutscher Botschafter in der Republik Moldau. Das heisst auch, sie müssen nicht nur Parteien wählen und einen Ausweg im Ausland suchen, sondern sich aktiv gegen politische Ränkespiele und Korruption wehren. Sie müssen einen Weg wählen und nicht nur schauen, wer ihnen gerade am meisten Vorteile verspricht.

Inken Heeb bereist als Journalistin die Republik Moldau seit dem Jahr 2000.

Gewerbezeitung
Morgen Freitag in der
KMU-Pressen:

- **1. August: Rütli-Appell**
sgv-Präsident Rime redet
- **SwissSkills 2014**
Grossevent auf Zielgerade
- **Verbandliche Vorsorge**
Wechsel bei der proparis

www.gewerbezeitung.ch